

*ZUR TIEFEN KRISE DER  
EUROPÄISCHEN  
UNION: WO LIEGEN  
DIE URSACHEN, WER  
TRÄGT DIE  
VERANTWORTUNG?*

**GRUNDWERTEKOMMISSION  
BEIM SPD-PARTEIVORSTAND**

*SEPTEMBER 2016*

## I. Haben wir eine besondere Krise?

Für die Besonderheit der gegenwärtigen Krise der EU spricht, dass mit dem britischen Referendum zugunsten des Brexit zum ersten Mal eine weitere Integration und Erweiterung der EU zugunsten von Verkleinerung und einer Desintegration in Frage gestellt werden. Vielleicht hat sie sogar schon begonnen: Im Zuge der Flüchtlingswanderung in die EU wurden die Grenzen innerhalb der Union wieder aufgerichtet, und niemand fordert gegenwärtig, dass sie schnell entfernt werden sollen. Grund: Die EU findet keine gemeinsame Flüchtlingspolitik.

Aber die Uneinigkeit geht viel weiter und tiefer: In unseren europäischen Gesellschaften wachsen Zweifel daran, dass der europäische Zusammenschluss der Schlüssel für die Herausforderungen der globalisierten Welt ist, die eben – wie wir gerade in Deutschland erfahren durften – nicht nur mit Chancen, sondern auch mit Risiken verbunden sind. Sollen die europäischen Kompetenzen prinzipiell zugunsten der nationalen Regierungen wieder zurückgefahren werden? Brauchen wir „mehr Europa“, aber „weniger Brüssel“? Soll es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben? Oder ein Europa à la carte? Was wollen wir wirklich gemeinsam? Radikaler: Wozu brauchen wir eigentlich die Europäische Union und ihre Institutionen? Wer auch in Zukunft im Wettstreit der besten Argumente für ein zusammenwachsendes Europa unter dem Dach der Europäischen Union eintreten will, muss sich diesen Fragen stellen.

Das minimale Ausgangsziel der EU war die Sicherung zukünftigen Friedens durch einen Zusammenschluss der europäischen Staaten und durch die Stärkung ihrer liberalen Demokratien. Überdies sollte Deutschland gegen neue Dominanzversuchungen eingeehgt werden. Gleichzeitig verankerten die Gründungsmitglieder in den Römischen Verträgen das Ziel, „ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern“. Dies war immer auch ein Anliegen der Sozialdemokratie. Das Ganze vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Feindes, der den Zusammenschluss beförderte: der kommunistischen Sowjetunion. Die EU wurde aber auch als Hoffnung der Eigenständigkeit und der Selbstbehauptung in den Beziehungen zu den USA verstanden.

Genauer wurde das Ziel, die sog. Finalität, nicht bestimmt. Aber die Richtung war gemeinsam: schrittweise mehr Integration, das heißt Verflechtung insbesondere der Wirtschaft, aber auch der politischen, der sozialen, kulturellen Kooperation und Entwicklung von demokratischen Gemeinschaftsinstitutionen. Perspektivisch war Osteuropa immer eingeschlossen, also nach 1989 auch die Erweiterung der EU nach Osten.

Diese ging einher mit der Intensivierung der ökonomischen Globalisierung und ihrer mentalen und politischen Ausrichtung auf die Märkte als entscheidende Grundlage und Orientierung des gesellschaftlichen Lebens. Wettbewerb galt als entscheidender Motor der Leistungssteigerung auf allen Lebensgebieten, staatliche Politik wurde als leistungsschwach, korruptionsanfällig und als bürokratisches Hemmnis gegen Wirtschaftswachstum und Wohlstand diskreditiert. Soziale Ungleichheit galt als funktional positiv für die Leistungssteigerung, und die politische Forderung nach „Gerechtigkeit“ schien angesichts der Vorherrschaft des globalen Wettbewerbs gegenstandslos. Einer der wesentlichen Grundpfeiler der Integration, nämlich auch den sozialen Zusammenhalt unter den Staaten und Gesellschaften Europas fördern, geriet im Europadiskurs allerdings ins Hintertreffen.

Im Zuge der Globalisierung steigerten sich die sozialen Diskrepanzen innerhalb und zwischen den nationalen Gesellschaften, nicht nur in Europa. Sie schufen ein allgemeines Klima bedrohlicher Verunsicherung und lassen heute rechtsnationalistische Gegenbewegungen gegen die EU wachsen, wie wir sie historisch aus dem letzten Jahrhundert als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise studieren konnten. Diese hatten zu eben jener Katastrophe des Nationalsozialismus und des zweiten Weltkrieges geführt, gegen die die Europäische Vereinigung gegründet worden war.

Die europäische Erzählung gerät aber auch von linker Seite in die Kritik. Die Situation ist ernst: Unabhängig davon, welches Europa wir uns für die Zukunft vorstellen und wie wir dies bauen wollen – hier können doch unsere Entwürfe durchaus vielfältig sein! – müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden dafür eintreten, dass der Gedanke einer engen Zusammenarbeit der Staaten und BürgerInnen Europas als solcher nicht unter die Räder gerät.

## II. Stationen des Weges in die Krise

Auf dem Weg in die immer engere europäische Integration war der Vertrag von Maastricht (1992) mit der Entscheidung für eine Währungsunion eine entscheidende Station. Die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzten sich in der Regierungskonferenz, die in den Vertrag mündete, eindringlich auch für eine politische Union ein. Diese fand jedoch politisch keine Mehrheit. Rückblickend stellte der Vertrag mit der Etablierung und Intensivierung des sog. **Standortwettbewerbs eine erste entscheidende Weiche**, die die **europäischen Nationalstaaten** zusätzlich zu ihren historischen Spannungen **in Gegensatz zueinander brachte** und die Solidarität zwischen ihnen unterminierte. Im Rahmen der sog. Angebotstheorie, die für die Ankurbelung der Wirtschaft einseitig vor allem auf die Reduzierung von Arbeits-, Sozialkosten und Steuern setzte, **traten die europäischen Staaten untereinander in einen Unterbietungswettbewerb um Investitionen auf Kosten der Arbeitnehmer und der sozial Schwächeren**. Die nationalen Arbeitsmärkte wurden dereguliert und die sog. öffentlichen Güter, die im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ Ungerechtigkeiten kompensieren und überdies makroökonomische Schwankungen ausgleichen konnten, wurden abgebaut.

Zugleich stiegen die Unterschiede zwischen Arm und Reich drastisch und weitgehend bis heute an. Die Ungleichheit wächst innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten und zwischen ihnen. In fast allen europäischen Industrieländern nahm die Einkommensungleichheit in den letzten 30 Jahren zu. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich sowohl in schlechten als auch in guten Zeiten. Vielerorts erreichen die Einkommensunterschiede inzwischen Rekordniveau. Am stärksten stieg die Ungleichheit in der EU – von sehr unterschiedlichen Niveaus ausgehend - in Schweden und Deutschland. Einen geringen Anstieg verzeichneten hingegen Belgien, die Niederlande und Frankreich. Maßgeblicher Treiber der steigenden Ungleichheit waren die Spitzeneinkommen. Noch stärker als die Einkommensungleichheit sind in den letzten drei Jahrzehnten die Vermögensunterschiede gewachsen. Ursächlich war der lange Boom der Aktien- und Immobilienmärkte. Hinzu kommt eine riesige Welle großer Erbschaften und Schenkungen. Insbesondere die Krise des Euroraums führte dazu, dass sich ihre Mitglieder immer weiter auseinanderentwickelten. Eine Konvergenz findet nicht mehr statt. Die Vertragsreformen seit Maastricht – Amsterdam, Nizza und Lissabon – vermochten diese Schieflage nicht auszugleichen, auch wenn es immer wieder Versuche gab (gerade auch im europäischen Verfassungskonvent), dem sozialen Europa eine stärkere Verankerung in den Verträgen zu geben.

Die in Maastricht beschlossene **gemeinsame Währung** sollte die vorangegangene Dominanz der deutschen Bundesbank und der DM als europäische Leitwährung überwinden und zugleich den Wirtschaftsaustausch erleichtern. Eine Europäische unabhängige Zentralbank sollte alle europäischen Interessen im Blick behalten und eine faire Währungspolitik betreiben. Auch ohne eine institutionalisierte gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf die man sich so schnell nicht einigen konnte, würden die nationalen Wirtschaften sich aneinander angleichen, weil sie beachten würden, dass sie Fehlentwicklungen nicht mehr mit nationalstaatlichen Währungspolitiken ausgleichen können würden. Bis zur **Bankenkrise 2008** schien dieses Kalkül aufzugehen.

In der Praxis jedoch – und öffentlich wenig beachtet - wuchsen seit Gründung der gemeinsamen Währung die ökonomischen Ungleichgewichte. Ursächlich war eine unterschiedliche nationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge sich unterschiedlich entwickelnder nationaler Lohnstückkosten. Die wirtschaftlich starken Mitgliedsstaaten führten jedes Jahr mehr Waren aus als ein. Folglich stiegen ihre Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse. Die wirtschaftlich schwachen Mitgliedsstaaten importierten mehr Waren als sie exportierten. Sie häuften hohe Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizite an. Diese Defizite wurden mit hohen Schulden finanziert. In der Finanzmarktkrise 2008 brach dieses Finanzierungsmodell zusammen.

Diese Krise wurde zur **entscheidenden Herausforderung** für den Zusammenhalt der Europäischen Union. Die Grundfrage war: Würden es die europäischen Regierungen schaffen, solidarisch untereinander und mit Blick auf ein europäisches Gemeinwohl zu entscheiden oder würden sie sich allein auf ihre (kurzfristigen) nationalen Vorteile konzentrieren?

De facto ist die Entscheidung über weite Strecken im Sinne der einzelnen nationalstaatlichen Interessen gefallen, allerdings nur so weit, bis eine akute Gefahr des Auseinanderbrechens der EU entstand, die die eigenen kurzfristigen Machtinteressen bedroht hätten. Dann wurde eine kurzfristige Hilfslösung rasch zusammengezimmert, die allerdings die Probleme nur aufschob, mit dem Ergebnis, dass sie immer wieder auftauchten und sich mit anderen neuen verbanden. Das hat die Krise der EU zunehmend verschärft und lässt sie jetzt vielen ausweglos erscheinen.

Zu **folgenden Entscheidungen** im Verlauf der genannten Entwicklung hätte es **Alternativen** gegeben:

Die **erste** legte die **Devise „No bail out“**, bezogen auf Staaten (nicht auf Banken!), als unumstößlich und rechtlich vorgegeben fest. Das ist umstritten. Zwar konnten die europäischen Staaten nicht zur Solidarität für ihre Nachbarn gezwungen werden; freiwillig hätten sie aber in der Krise, in der die drohenden Insolvenzen weder in Irland, noch in Portugal noch in Spanien aus einer verantwortungslosen staatlichen Schuldenpolitik hergerührt hatten, durchaus helfen können. **Die politische Bereitschaft zur Solidarität bestand jedoch nicht.** Sie hätte freilich europapolitische Weitsicht erfordert und das neoliberale Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte und den Pauschalverdacht gegenüber demokratischer Politik angesichts der Empirie in Frage stellen müssen. Beides war nicht der Fall.

Die **zweite** Entscheidung setzte im Gegenteil **die klar desavouierte neoliberale Theorie durch Fälschung von Tatsachen wieder ein und erhob sie zum Dogma der weiteren Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU.** Während die Wirtschafts- und Finanzkrise durch die Banken ausgelöst worden war und die Staaten sich durch den bail out der Banken allererst verschuldet hatten, setzten die europäischen Entscheidungsträger (EZB und

Europäischer Rat) die Situation der in Schwierigkeiten geratenen „Programmländer“ mit einer so genannten Staatsschuldenkrise gleich und konnten so wieder in die Spur der neoliberalen Politik einmünden.

Daraus folgte als **dritte Entscheidung**, außer in Deutschland, eine dementsprechende **Sparpolitik**, die den geschwächten nationalen Wirtschaften umso weniger half, je mehr sie konsequent durchgesetzt wurde. Das wiederum hing oft, z.B. zugunsten der konservativen spanischen Regierung, von der **parteipolitischen Affinität** der Entscheidungsträger ab. Darüber hinaus instrumentalisierte die „Troika“ die Krise, um die nationalen Arbeitsmärkte der Krisenländer zu entfesseln. Die Gewährung von Finanzhilfen wurde neben verbindlichen Haushaltskürzungen auch an nationale Maßnahmen zur Deregulierung der Arbeitsmärkte gekoppelt. Die Lohnfindung wurde dezentralisiert und in die Betriebe verlegt. Die Tarifautonomie wurde zerstört, Flächentarifverträge wurden vernichtet und Mindestlöhne gesenkt. Die Tarifbindung ging dramatisch zurück. So wurde die Verhandlungsposition der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. Folglich werden die Löhne in den Krisenländern auf absehbare Zeit wohl nicht mehr steigen.

Damit entstand insbesondere in Deutschland und in den reicheren nordeuropäischen Staaten als **vierte Entscheidung** eine **Erzählung über die Ursachen und Verantwortlichkeiten** der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise, die die **Politik der Nationalstaaten** – nicht die eigentlich verursachenden Banken – als **verantwortlich** deklarierte und zugleich **auf veraltete Nationalcharaktererklärungen zurückgriff**. Dahinter verschwanden die für die Krise verantwortlichen transnationalen Entscheider in den Banken, und hervortraten angeblich leichtfertig agierende nationale Regierungen. Deren Wähler wurden zu den Schuldigen, die dann mit **Stereotypen wie faul, verantwortungslos, unfähig** etc. belegt wurden. So konnte man rechtfertigen, warum die privat ausgelöste finanzielle Misere schließlich in den Sparprogrammen von Menschen getragen werden musste, die die vorangegangenen Entscheidungen nicht getroffen hatten. Zugleich war dies der Humus für die **Renaissance nationaler Vorurteile**. Die **Alternative** dazu wäre gewesen, sich **wahrhaftiger** an die Geschehnisse zu halten und damit an eine **gerechte Verantwortungsverteilung**.

Auf der wieder eingeschlagenen neoliberalen Route **folgten die weiteren Stationen der europäischen Sparpolitik**, mit der Folge von hoher andauernder Arbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa. **Ausgeglichene Haushalte** bekamen – gesetzlich festgelegt - auf immer **Vorrang vor allen anderen wirtschaftspolitischen Prioritäten** (Überwindung der Arbeitslosigkeit, Investitionen in Infrastruktur, Bildung und andere öffentliche Güter). Dahinter steht die deutsche **Tradition des Ordoliberalismus**.

Diese **Theorie hat vordemokratische Wurzeln** und stellt sich den Staat, sprich die staatliche Bürokratie, als neutral professionell vor, immun gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen. **Tendenziell versucht diese Strategie, Politik durch Verrechtlichung und Automatismen zu ersetzen**. Dahinter steht ein **pessimistisches Menschenbild, das der Mehrheit in einer Demokratie keine vernünftigen Entscheidungen zutraut**. Sie müssen stattdessen durch eine professionelle Elite getroffen und möglichst unrevidierbar festgelegt werden.

Damit entstand eine **systematische Brücke zur heutigen Vorstellung des Neoliberalismus**, der das **TINA** (There is no Alternative)-Prinzip, das die Grundlage jeder Politik negiert, rhetorisch offensiv gegen gesellschaftliche Partikularinteressen setzt und damit Gemeinwohlorientierung vorgibt. **Freilich kaschiert dies hinter der Propagierung professionell „richtiger“ technokratischer Entscheidungen umso effektiver mächtige partikularistische Lobby-Vertretungen**.

Die **Alternative** zu dieser in der Wirkung antidemokratischen technokratischen Strategie ist ein demokratisches Bekenntnis zur Möglichkeit, sich über unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien vernünftig, transparent und argumentativ zu verständigen. Damit würde offen und empirisch ausgewiesen darüber diskutiert werden können, wie der verheerenden Misere langanhaltender umfangreicher Arbeitslosigkeit, der Misere der Auswanderung wertvoller, gut ausgebildeter (junger) Arbeitskräfte aus Süd- und Mittelosteuropa, der Verunsicherung ganzer Gesellschaften, dem grassierende Rechtsextremismus und Rassismus die Stirn geboten werden kann.

Zur **Alternative** gehört, die aus der fundamentalen Verunsicherung folgende Angst gegenüber den globalen Herausforderungen der Armut, der Klimaveränderungen, des Terrorismus intelligent und kooperativ anzugehen und damit auch für die Flüchtlingswanderungen statt hilfloser Abschottungen und Abschreckungen, die nicht lange halten können, kooperativ nachhaltige Lösungen zu finden.

Damit sind wir am **zentralen Charakteristikum der gegenwärtigen Krise der EU** angelangt: **Im Kern gründet sie im Verlust demokratischer Kontrolle, öffentlicher Transparenz und politischer Teilhabe**, kurz: **im Verlust demokratischer Legitimation der EU**. Letztere wurzelt nicht zuletzt in der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit. Die soziale Spaltung der Gesellschaft schadet der Demokratie. Einkommen, Bildung und Sozialkapital beeinflussen die politische Partizipation. Je höher das Einkommens- und Bildungsniveau, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich Menschen politisch engagieren. Eine steigende soziale Ungleichheit wirkt sich hingegen negativ auf die politische Teilhabe der unteren sozialen Schichten aus. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Arm und Reich werden immer größer. Die sozial ungleiche Wahlbeteiligung führt dazu, dass die Interessen der Unterschichten strukturell unterrepräsentiert werden. Mit steigender sozialer Ungleichheit verschärft sich die politische Ungleichheit. Daraus droht ein negativer Zirkel zu werden.

Eine wachsende Zahl von Bürgern traut den Entscheidern nicht mehr zu, gemeinwohlorientiert zu handeln und fühlt ihre Machtlosigkeit in Bezug auf ihre gemeinsamen Angelegenheiten und ihr tägliches Leben. Das gilt auch und gerade für die nationalen Regierungen, die seit der Bankenkrise in der Versammlung des Europäischen Rates die EU im **bornierten nationalen Interesse** dirigiert haben. **Öffentliche Debatten über Alternativen wurden – aus systemischen, aber auch aus Gründen, die im persönlichen Handeln der Akteure liegen – Jahre lang vermieden**. Die Alternativen sind unter den Tisch gekehrt worden, so dass die Bürgerinnen und Bürger sich zu recht vielfach machtlos und hinteres Licht geführt fühlen.

Angelangt sind wir jetzt in einer **Situation, in der die EU keinerlei gemeinsames vertrauensvolles konstruktives Projekt mehr erkennen lässt** – weder in der Flüchtlings-, noch in der Währungs-, der Wirtschafts- oder Sozialpolitik, **erst recht nicht in einer Politik, die Europas globale Verantwortung etwa für die Klimapolitik oder die globalen Nachhaltigkeitsziele erkennen lässt**. Misstrauen herrscht auch zwischen den nationalen Sicherheitsdiensten, was der Abwehr des Terrorismus nicht guttut. Als faktische Berufungsgrundlage **gelten nur partikulare Interessen der nationalen Regierungen**. **Das ist nicht genug, um zusammenzubleiben und gemeinsam die Zukunft der EU zu gestalten**.

### III. Welche Verantwortung trägt die deutsche Bundesregierung

Kein Zweifel: Die Wirtschafts- und Währungsunion hat an die politische Weisheit der Führungen in der EU hohe Anforderungen gestellt. Im Kern ist – wie immer in uneinheitlichen Währungsräumen – der Wille zur

Solidarität und zum finanziellen Ausgleich erforderlich, wenn die Gemeinsamkeit erhalten werden soll.

Kein Zweifel: Die Bankenkrise hat die systemischen Probleme der Währungsunion krass ans Tageslicht gebracht, aber auch sie hätte durch eine weitsichtige Politik solidarisch beantwortet werden können.

Kein Zweifel: Es hätte Mut erfordert, den Irrweg der neoliberalen Politik anhand der Empirie einzugestehen und einen für alle fruchtbaren Weg auszuhandeln. Auch Geduld wäre nötig gewesen. Und man hätte gegen mächtige Interessen, die von diesem Irrweg profitieren, angehen müssen.

Kein Zweifel: Man hätte sich der öffentlichen Diskussion von Alternativen stellen müssen. Man hätte auch eine Wahlniederlage riskieren können, wenn man bei der Wahrheit geblieben wäre.

#### **Die Entwicklung war aber nicht systemisch notwendig! Wer trägt die Verantwortung?**

Natürlich ist die Verantwortung gestreut. Aber ohne Zweifel konnte in diesen Jahren ohne die deutsche Bundesregierung, und hier die Bundeskanzlerin und den Finanzminister keine grundlegende Entscheidung getroffen werden. Mehr: **Alle genannten Schritte in die aktuellen europäischen Schwierigkeiten – unbeirrte Ablehnung von Solidarität, Wiedereinführung des neoliberalen Ansatzes, Propagierung einer wahrheitswidrigen moralisierenden Erzählung über die Zuordnung von Verantwortung für die Banken- und Wirtschaftskrise, machtvolle Durchsetzung einer neoliberalen Sparpolitik, Ersetzung von politischem Aushandeln durch auferlegte rechtliche Regeln auf der Grundlage eines pessimistischen Menschenbildes, Ersetzung von Demokratie durch Technokratie, damit Unterminierung demokratischer Legitimation und Beförderung antidemokratischer Oppositionen, Verweigerung der öffentlichen Kommunikation über politische Alternativen – dies alles sind Kernmerkmale der Politik von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble. Ihnen kommt daher dafür eine maßgebliche Verantwortung zu.**

Letztlich handelt es sich um die Verweigerung von europäischer Solidarität, deren Wert sie erst erkannten, als im Herbst 2015 die Flüchtlinge in Scharen nach Deutschland kamen. Da klagten sie eine Solidarität ein, die sie zuvor Italien und Griechenland unerbittlich verweigert hatten. Durch eine langjährige Politik des kurzfristigen Wahlinteresses und des direkten und indirekten Drucks, hat die deutsche Bundesregierung, nicht zuletzt durch ihren Politikstil, wesentlich zur Entsolidarisierung und Desintegration der EU beigetragen. Sie hat auch die für eine konstruktive Politik erforderliche Autorität, die nicht auf Druck setzen kann, sondern auf Gerechtigkeit bauen muss, verspielt. Autorität zugunsten von Freiheit braucht Gerechtigkeit und Solidarität.

#### **IV. Welche Verantwortung trägt die deutsche Sozialdemokratie?**

Nach dem Ausbruch der Bankenkrise trug die SPD zweimal in großen Koalitionen mit der CDU/CSU Regierungsverantwortung. Dabei hat sie die europapolitischen Entscheidungen nicht selbst treffen können, sich aber auch nicht klar gegen sie gestellt. In den dazugehörigen Abstimmungen des Bundestages hat sie sich von der Grundlinie der Politik distanziert, dann aber die Unionspolitik unterstützt, um die europäischen Nachbarn nicht noch schlechter dastehen zu lassen. Darüber hinaus hat sie immer wieder solidarische Bonds zugunsten von europäischen Investitionen und Wachstum vorgeschlagen, die aber von Kanzlerin Merkel und Minister Schäuble abgelehnt wurden.

**Erst seit dem Frühjahr dieses Jahres distanziert sie sich deutlicher und systematischer von der Union. Dies muss nun für das Wahlprogramm klar profiliert werden.**

Das heißt zunächst, dass sie sich gegen folgende konservative Entscheidungen wenden muss:

- gegen die unbeirrte Ablehnung von Solidarität,
- gegen die Propagierung der wahrheitswidrigen moralisierenden Erzählung über die Zuordnung von Verantwortung für die Banken- und Wirtschaftskrise in Europa,
- gegen die machtvolle Durchsetzung einer neoliberalen Sparpolitik,
- gegen die Zerstörung von Tarifautonomie und Flächentarifverträgen,
- gegen die Ersetzung von politischem Aushandeln durch auferlegte rechtliche Regeln,
- gegen die Ersetzung von Demokratie durch Technokratie,
- gegen die Verweigerung der öffentlichen Kommunikation über politische Alternativen,
- gegen die Verweigerung, Deutschlands Machtposition und ihre Auswirkungen auf die EU insgesamt gemeinsam mit den Partnern in der EU zum Thema zu machen und für ein starkes Deutschland, aber deutlicher eingebettet in ein wiedererstarktes Europa insgesamt, zu werben.

Was heißt das positiv und konkret?

- **Allem voran geht es um eine intelligente Politik für nachhaltiges Wachstum zur Überwindung der grassierenden Arbeitslosigkeit.** Der Fiskal-Pakt muss durch einen Wachstums-Pakt ergänzt werden, der sicherstellt, dass wichtige Zukunfts-Investitionen nicht bei der nationalen Verschuldensregelung berücksichtigt werden. Das betrifft **öffentliche Investitionen in Bildung, materielle Infrastruktur (digitale Netze), strukturelle Unterstützung von erneuerbarer Energie und Energieeffizienz sowie von Pflegeberufen, nicht zuletzt die humanitäre Aufnahme und Integration von Flüchtlingen**, die einen erheblichen Beitrag zum nachhaltigen Wachstum in der EU beitragen kann. Mit Hilfe des von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Marshallplans könnte eine Investitionsoffensive gestartet werden. Hier müssen **Finanzierungsmodelle, auch über europäische Anleihen**, gefunden werden, die die aktuelle Chance des billigen Geldes nutzen und mit einer Ankurbelung der Wirtschaft sowohl die Chance neuer Einnahmen als auch vor allem **private Anschlussinvestitionen** initiieren. Diese könnte über einen Fonds finanziert werden, der staatlich garantiert, auch privates Anleihekapital enthält. Damit würde die SPD auch den von allen UN-Staaten beschlossenen **Nachhaltigkeitszielen** gerecht werden.
- Gegen die Schäden der Politik des Standortwettbewerbs müssen **solidarische Sicherheitsnetze** (z.B. Europäische subsidiäre Arbeitslosenversicherung) eingerichtet sowie Maßnahmen zum **Schutz der europäischen Arbeitnehmer** davor getroffen werden, gegeneinander ausgespielt und ausgebeutet zu werden (z.B. Klärung der Dienstleistungsrichtlinie). Es geht darum, die **sozialen Grundrechte**, die im Vertrag von Lissabon festgelegt worden sind, auch umzusetzen. Auf diese Weise könnte auch ein **Bündnis zwischen der Mittelschicht und der Unterschicht** geschmiedet werden, auf das die SPD baut. Nur so kann die **EU analog zur Entstehung des Wohlfahrtsstaates im 19. Jahrhundert zur Heimstatt auch der Arbeitnehmer und der Schwächeren** in unserer Gesellschaft werden.
- Das Ziel der **Wettbewerbsfähigkeit** muss aus seiner betriebswirtschaftlichen und angebotstheoretischen Enge **auf das gesamte soziale und ökologische System der europäischen Staaten und der EU bezogen** werden. Dazu gehören u.a. Mitbestimmung, sozialer Friede, ökologisch notwendige Regelungen, Überwindung der krassen Diskrepanzen zwischen Arm und Reich.

- Dazu gehört auch **eine europäische Steuerpolitik**, die die Reichsten in die Zukunftsverantwortung nimmt und die **Stärkung der öffentlichen Güter** – Bildung, Gesundheit, bezahlbares Wohnen – mitfinanziert. Auf diese Weise kann die **soziale Marktwirtschaft**, die auch durch die Sparpolitik der letzten Jahre ausgehöhlt worden ist, Schritt für Schritt **auf europäischer Ebene neu** eingerichtet werden. Sozialversicherungen und öffentliche Güter stellen einen wichtigen Puffer nicht nur gegen Ungerechtigkeit, sondern auch gegen gesamtwirtschaftliche Krisen dar. Die europäische Dimension kann sich hier im Vergleich zu den Nationalstaaten als leistungsfähiger erweisen. Durch europäische Regeln für die Sozial- und Steuerpolitik kann überdies das System des Standortwettbewerbs zwischen den Staaten aufgehoben werden, das zu Sozial- und Steuerdumping beigetragen hat.
- Auf den Arbeitsmärkten muss die Verhandlungsposition der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften wieder verbessert werden. Im Tarifrecht müssen europaweit die nationalen Regeln der Allgemeinverbindlichkeit und die Flächentarifverträge gestärkt werden. Auf der Basis der Re-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen und der Anhebung der Tarifdeckungsgrade könnten die Gewerkschaften eine europäisch koordinierte Lohnpolitik durchsetzen, die sich an den nationalen Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung orientiert. Darüber hinaus kann eine europäische Mindestlohnpolitik Armutslöhne bekämpfen und die Tarifsysteme von Unten stärken.
- Die **Aushöhlung der Demokratie** muss durch institutionelle Veränderungen, aber auch durch einen partnerschaftlichen Politikstil ersetzt werden. Zum einen gilt es, das prinzipielle Misstrauen des Neoliberalismus gegenüber vertrauensbildender Politik und fairen Verhandlungen, zu überwinden. **Die Sozialdemokratie setzt traditionell auf Verhandlungen mit dem Ziel von Gerechtigkeit und Frieden, nicht auf Zwang und Erpressung**, die immer zu ungerechten Ergebnissen führen, schon gar nicht auf die Abdankung der Politik zugunsten des „Zuchtmeisters“ Markt. Sie setzt auf **öffentliche Debatten über Alternativen** und auf transparente Verfahren. Dringend erforderlich ist deshalb **mehr Transparenz der Verhandlungen im Europäischen Rat ebenso wie in der Eurogruppe. Beide Gremien**, die die wichtigsten Entscheidungen in der EU treffen, **entscheiden praktisch ohne Kontrolle**.
- Zudem müssen **die deutsche Dominanz** und die moralisierende Anmaßung gegenüber den europäischen Nachbarn **beendet werden**. Das gilt sowohl für die wahrheitswidrige deutsche Regierungserzählung über die Ursachen und Verantwortlichkeiten in der europäischen Schulden-Krise als auch für das Verhalten gegenüber den Flüchtlingen. In beiden Fällen haben deutsche Oberlehrerattitüden das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn erheblich beschädigt. Und in unserem Land hat sie die schiefe Wahrnehmung gefestigt, dass wir Deutschen die einzigen übrig gebliebenen Europäer sind – wenn nur die anderen mitziehen würden! So können wir selbst mit Gleichgesinnten dauerhaft kein starkes Europa bauen – und spielen damit auch den Gegnern eines zusammenwachsenden Europa in die Hände. Die vorübergehende Offenhaltung der Grenzen im Herbst 2015, die auf die Willkommenskultur der Zivilgesellschaft setzen konnte, steht im Übrigen im Widerspruch zur vorangegangenen prinzipiell unsolidarischen Regelung von Dublin, zur harten Ablehnung von Solidarität gegenüber Griechenland und Italien und zur aktuellen Flüchtlingspolitik Deutschlands wie der EU, die allein auf Abwehr und Abschreckung setzt.
- **Eine Kernaufgabe der zukünftigen Europapolitik betrifft die Frage, welche Aufgaben gemeinsam angegangen werden sollen und wie diese Gemeinsamkeit institutionell organisiert werden soll.** Aktuell entmachtet sich der Europäische Rat, durch die gegenseitige Blockade der nationalen

Regierungen. Offen ist, wie es hier wieder zu mehr **Gemeinsamkeit** kommen kann. Von **Deutschland** wird vielfach erwartet, dass es die **Rolle des „wohlwollenden Hegemons“** spielt, der bereit ist, **für das Ganze Verantwortung zu übernehmen und dafür auch Kosten zu tragen**. Dazu gehörte eine mutige öffentliche Kommunikation, die die Krise in der EU ebenso wie die möglichen Alternativen offen ausspräche. Die SPD sollte diesen Mut aufbringen, dabei aber den **Unterschied zwischen einer hegemonialen Rolle und deutscher Dominanz klar hervorheben** (Bereitschaft, mit allen integrierend zu verhandeln und auch Kosten zu übernehmen, z.B. bei der Bürgerschaft für öffentliche Investitionen).

- Wir brauchen eine **Erneuerung des Bekenntnisses, dass wir die Gestaltungsmacht unseres Landes auch in Zukunft entschieden in den Dienst der EU und ihrer Mitglieder zu stellen bereit sind** – und uns darüber bewusst sind, dass die Art und Weise, wie deutsche Regierungen mit anderen Ländern und Gesellschaften umgegangen sind, unmittelbare Auswirkungen auf den Umgang der anderen mit uns haben wird (vor allem dann, wenn unser Land sich künftig auch einer Position von Schwäche befindet, was nicht auszuschließen ist). Damit wir in Europa wieder gemeinsam gestalten können, **müssen wir Blockadekoalitionen, die sich allerorts bilden, ein positives Bild entgegensetzen**: wir müssen über die deutsch-französische Achse hinaus wieder intensiver und strategischer an Koalitionen zwischen Staaten und Gesellschaften arbeiten, die europäische Gestaltungsmehrheiten tragen können und wollen. Wir müssen eine neue politische Mitte in Europa bauen – eine, die das leere Mantra der „Führung aus der Mitte“ durch eine lebendige Politik ersetzt.
- Eine konkrete Rolle könnte die SPD **für eine humanitäre Flüchtlings-, Einwanderungs- und Grenzpolitik übernehmen**. Hier geht es um eine konsequente Europäisierung dieser Politik, die auch europäisch finanziert werden müsste. Sie könnte **Anreize für Kommunen** anbieten, sich um die Finanzierung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu bewerben, was der eigenen Infrastruktur und dem Aufbau von Arbeitsplätzen zugutekommen würde. Dies wäre zugleich eine **Stärkung der Subsidiarität in der EU**.
- Eine solche Politik könnte als **Pilot für die prinzipielle Unterstützung subsidiärer Entscheidungen von Kommunen und Regionen mit ihren transnationalen Vernetzungen** wirken. Dem würden eine Stärkung der europäischen Finanzmittel und eine Förderung von europäischen Projekten wie der Integration von Flüchtlingen und allgemeiner von nachhaltigen Investitionen über **Fonds** dienen, **bei denen sich unterschiedliche Körperschaften bewerben können**. Während die europäischen Ziele gemeinsam festgelegt werden sollten, kann ihre Erreichung dezentral entsprechend den jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen Bedingungen und Kapazitäten realisiert werden. Diese Politik würde **Bürgerinnen und Bürgern mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnen** und eine **Vertiefung der europäischen Integration** bewirken, die die falsche Alternative zwischen Zentralisierung und Renationalisierung überwindet und **die Identifikation der Bürger mit der EU durch effektive politische Partizipation bekräftigt**.
- Die **Europäische gemeinsame Währung** erfordert, wenn sie die EU in Zukunft zusammen- und nicht auseinanderbringen soll, eine **interne Annäherung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken**. Sie kann nicht von oben diktiert, sondern **muss kooperativ ausgehandelt** werden. Dazu müssen im Prozess des Europäischen Semesters sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente – etwa durch gemeinsame Ausschusstagungen – möglichst früh an der Willensbildung teilnehmen, nicht nur der Europäische Rat und die Kommission. **Die unterschiedlichen**

**wirtschaftspolitischen Auffassungen in den europäischen Staaten und Regierungen wären dazu offen zu debattieren.** Eine solche Debatte, die parallel in den Ländern und in der gesamten EU stattfinden könnte, würde erheblich **zu einer europäischen Öffentlichkeit und zur argumentativen Auseinandersetzungen über Alternativen beitragen.** Veränderungen der politischen Inhalte können und sollten mit Veränderungen der Verfahren Hand in Hand gehen.

- Im Laufe einer solchen **funktional notwendigen Annäherung der faktischen Politik** kann sich die **Grundlage für eine allmähliche demokratische Weiterentwicklung der zentralen europäischen Entscheidungsinstitutionen** ergeben, deren Finalität innerhalb der EU durchaus umstritten ist. Dazu gibt es auch den Vorschlag, möglichst bald einen Konvent einzuberufen, um sich auf diese Finalität in Bezug auf die gemeinsamen Politikfelder und auf die Entscheidungsorgane zu verständigen, möglicherweise in einem kleineren Kreis von Staaten. Dazu gehört auch die Idee eines zukünftigen Europa der zwei Geschwindigkeiten bzw. eines inneren und äußeren Kreises, vielleicht auch einer Koalition der Willigen. Aktuell würde ein solcher Konvent allerdings wenig Aussicht auf Erfolg haben.
- Europa ist der Kontinent der Vielfalt. Unsere Erzählung dazu war bisher immer positiv. Aber Vielfalt ist nicht nur ein Vorteil, sondern bringt auch besondere Herausforderungen für politisches Handeln mit sich. Dennoch ist sie selbst wirtschaftlich ein Vorteil, wenn wir den Wettbewerb nicht verabsolutieren, sondern ihn mit gegenseitiger Kooperation verbinden, Chancen der Komplementarität erkennen und zum Ausgleich, der auch dazu gehört, bereit sind. Wir müssen die Herausforderung anerkennen – und trotzdem eine Politik machen, die nicht im „Nullsummenspiel-Denken“ verharrt.
- Europa hat aus der Geschichte gelernt, dass Konflikte, die sich aus der Vielfalt auch ergeben, nachhaltig nur gewaltfrei gelöst werden können. **Sicherheit folgt aus Gerechtigkeit und Solidarität, nicht aus Unterdrückung oder lückenloser Kontrolle.** Dazu gehört Respekt gegenüber dem Anderen und dem Fremden und dem Sicherheitsbedürfnis der Nachbarn. **Viele Menschen in Europa bringen gegenwärtig diesen Respekt nicht auf. Ein Grund dafür ist die soziale und mentale Unsicherheit, in der sie selbst leben und die es durch gerechte Politik zu überwinden gilt.** Damit könnte Europa auch Vorreiter werden in einer Welt, deren Hauptaufgabe es ist, entsprechend den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen diese Vielfalt durch Verständigung auf die gemeinsamen Menschenrechte in Frieden und Freiheit zu gestalten.

Die Europäische Union – ein wertvoller Schatz der Politik der letzten Jahrzehnte - hat seit der Finanzkrise viele Menschen enttäuscht und für viele ihre Anziehungskraft verloren. Ihr Bild wird geprägt durch die feilschenden nationalen Regierungen, die sich nicht einigen können und alle zukunftsweisenden Projekte blockieren. Daran haben die deutschen Konservativen einen entscheidenden Anteil.

**Um neue Hoffnung zu schaffen, müssen deshalb Sozialdemokraten zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften das Ruder für einen Neustart in Europa übernehmen.** Sie können dafür durchaus auf eine breite Unterstützung rechnen. **Nichts brauchen wir mehr, als die begründete Hoffnung auf eine friedlichere, freie und gerechte Welt!** Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich denn auch weiterhin und verstärkt für dieses Projekt. Zu Recht. Denn stellen wir uns einmal vor, die europäischen Staaten würden zurückfallen in ihre nationalen Spannungen und Feindseligkeiten – heftige Konflikte würden sich steigern und würden um sich greifen – wir müssten die EU erfinden! Aber wir haben sie noch!

Befreit von der ökonomistischen und nationalen Engstirnigkeit der letzten Jahre **kann die Europäische Union** in einem **neuen Anlauf durch Solidarität, nachhaltiges Wachstum, Überwindung der Arbeitslosigkeit, soziale und ökologische Sicherheit, lebendige demokratische Partizipation und offene Verantwortung für die globalen Herausforderungen wieder zu einem faszinierenden Friedensprojekt werden**, nach innen und nach außen. Wir sehen doch täglich, dass das europäische Friedensziel aktueller ist denn je. Um uns herum setzen nach wie vor Millionen Menschen auf ein freies, soziales, demokratisches, ökologisch verantwortliches, Frieden stiftendes Europa. Auch ihnen sind wir verpflichtet.

**Diese Hoffnung zu erfüllen, darin liegen unsere Stärke und unsere mobilisierende Identität! Gemeinsam wird es uns gelingen!**